Konsequenzen aufzeigen

Autor(en): **Jenni, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **86 (2011)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-714163

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Konsequenzen aufzeigen

Das Budget des VBS soll gemäss Auftrag des Bundesrates um eine Milliarde Franken reduziert werden. Armeechef André Blattmann ist von Bundesrat Ueli Maurer beauftragt, diesen Sparkurs zu konkretisieren.

AUS BERN BERICHTET OBERSTLT PETER JENNI

Ende Juni 2010 verabschiedete der Bundesrat nach einigem Hin und Her den neuen Sicherheitspolitischen Bericht. Er wurde nach der Veröffentlichung stark kritisiert. Im Bericht fehle unter anderem eine eingehende Beurteilung der europäischen Sicherheitsarchitektur und deren Konsequenzen auf die Schweiz, und die Landesregierung drücke sich vor Angaben, wie sie sich die Weiterentwicklung in der internationalen Zusammenarbeit vorstelle.

Umstrittene Grundlagen

Anfang Oktober 2010 hat der Bundesrat, ebenfalls nach Geburtswehen, den sogenannten Armeebericht verabschiedet. Darin legt die Landesregierung fest, dass die Armee in Zukunft einen Sollbestand von 80 000 Angehörigen aufweisen soll und mit einem jährlichen Budget von 4,4 Milliarden Franken auskommen muss. Heute kostet die Armee eine Milliarde mehr.

Beide erwähnten Dokumente werden von den interessierten Organisationen und Fachleuten als untaugliche Instrumente bezeichnet. Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates will die Eckwerte im Armeebericht gar selber festlegen und hält den Sicherheitspolitischen Bericht lediglich für «tauglich».

Grundsätzlich wird ein logisches Vorgehen vermisst. Es dürfe nicht sein, dass zuerst der Überbau (Armeebericht) und erst anschliessend das Fundament (Sicherheitsbericht) im Parlament diskutiert werde. Es erstaunt deshalb nicht, dass sich angesichts der offensichtlichen Konzeptlosigkeit in unserer Landesregierung in breiten Bevölkerungskreisen Unmut und Desinteresse breit macht.

Zwei Stossrichtungen

Die Armeespitze geht nun daran, bis Ende August 2011 aufzuzeigen, welche Armee entsteht, wenn der Auftrag des Bundesrates, 1000 Millionen Franken pro Jahr einzusparen, umgesetzt würde. Parallel dazu ist der neue Auftrag der Ständerätlichen Militärkommission mit Bestandesvarianten von 80 000, 100 000 und 120 000 Mann auszuarbeiten. Sie erwartet bis in den Frühling 2011 einen Bericht des VBS.

Ueli Maurer: Eine Milliarde Franken sparen.

Keine Tabus!

Für den Chef der Armee geht es darum, Aufgaben, Mittel und Leistungen der Armee in Übereinstimmung zu bringen. Die vom Chef VBS erteilten Aufträge umfassen unter anderem folgende Teilbereiche:

- Die vorhandenen Mängel, vor allem in der Logistik, sind bis 2013 zu beheben. Laufende und geplante Investitionen sind zu überprüfen, allenfalls zu stoppen oder zu reduzieren.
- Es soll auf die vollständige, flächendeckende Ausrüstung der Verbände zur Unterstützung der zivilen Behörden verzichtet werden.
- Das Technologieniveau und der Ausrüstungsstandard werden teilweise gesenkt werden müssen.
- Auf die Instandstellung von sanierungsbedürftigen Immobilien wird verzichtet. Der Wert der VBS-Immobilien beträgt rund 10 Milliarden Franken. Damit diese laufend saniert werden können sind rund 300 Millionen Franken pro Jahr nötig.
- Die Schliessung von Standorten und von Infrastruktur wird geprüft.
- Der Armeebestand wird massiv gesenkt. Mit einer Änderung der Dienstleistungsmodelle ist eine erhebliche Reduktion der Diensttage verbunden.
- Die vorhandenen Mittel für die Abwehr eines militärischen Angriffs werden abgebaut. Darunter fallen insbesondere Kampfpanzer und Artillerie.
- Die Unterstützungsleistungen für zivile Tätigkeiten und Dienstleistungen werden überprüft.
- Weiter sollen Führungsstrukturen schlanker und Führungsgremien verbessert werden. Ins Auge gefasst wird bis 2020 eine Senkung des Personalbestandes im Bereich Verteidigung von 9500 auf 7000 Vollzeitstellen.